

Bericht

des Eingabenausschusses

Vorsitzender: **Wolfhard Ploog**

Schriftführer: **Dirk Kienscherf**

Der Eingabenausschuss hat in seiner Sitzung am 6. Februar 2006 über 9 Eingaben beraten.

Eine Übersicht über die einzelnen Eingaben ist diesem Bericht beigelegt.

Die Eingaben liegen zur Einsichtnahme für alle Abgeordneten in der Geschäftsstelle des Eingabenausschusses aus.

Die Empfehlung zu der Eingabe Nr. 563/05 hat der Ausschuss mit Mehrheit beschlossen. Die Abgeordneten der GAL-Fraktion beantragten, die Eingabe dem Senat „zur Berücksichtigung“ zu überweisen. Es sollte eine kurze Wiedereinreisesperre verhängt werden. Der Antrag wurde mit den Stimmen der Abgeordneten der CDU- und der SPD-Fraktion abgelehnt. Der Antrag, die Eingabe für „nicht abhilfefähig“ zu erklären, wurde mit den Stimmen der Abgeordneten der CDU- und SPD-Fraktion gegen die Stimmen der Abgeordneten der GAL-Fraktion angenommen.

Alle übrigen Empfehlungen hat der Ausschuss einstimmig beschlossen.

Der Eingabenausschuss empfiehlt der Bürgerschaft, wie folgt zu beschließen:

1 Eingabe für „erledigt“ und

7 Eingaben für „nicht abhilfefähig“ zu erklären sowie bei

1 Eingabe „zur Tagesordnung“ überzugehen.

Dirk Kienscherf, Berichterstatter

Eingabe, die der Ausschuss für „erledigt“ zu erklären beantragt:

Nr. der Eingabe	Gegenstand	Begründung
606/05	Beschwerde über die UHA	Dem Begehren ist entsprochen worden

Eingaben, die der Ausschuss für „nicht abhilfefähig“ zu erklären beantragt:

Nr. der Eingabe	Gegenstand	Begründung
493/05	Begleichung von Werklohnforderungen durch die FHH	Eine Klärung ist nur auf dem Rechtsweg möglich
508/05	Steuernachforderung	Dem Begehren kann nach Sach- und Rechtslage nicht entsprochen werden
509/05	Einführung einer Radfahr-Steuer	Dem Begehren kann nach Sach- und Rechtslage nicht entsprochen werden
520/05	Rückwirkende Zahlung einer Zulage	Dem Begehren kann nach Sach- und Rechtslage nicht entsprochen werden
563/05	Afghanischer Staatsangehöriger, hier: Befristung der Wiedereinreiseperrre zwecks Familienzuzugs	Dem Begehren kann nach Sach- und Rechtslage nicht entsprochen werden
14/06	Iranischer Staatsangehöriger, hier: Aufenthaltserlaubnis	Dem Begehren kann nach Sach- und Rechtslage nicht entsprochen werden
51/06	Türkischer Staatsangehöriger, hier: Aussetzung der Abschiebung	Dem Begehren kann nach Sach- und Rechtslage nicht entsprochen werden

Eingabe, zu der der Ausschuss empfiehlt, „zur Tagesordnung“ überzugehen:

Nr. der Eingabe	Gegenstand	Begründung
46/05	Beschwerde über Ruhegeldberechnung	Die Eingabe enthält gegenüber einer früheren Eingabe, auf die ein ordnungsgemäßer Bescheid erteilt wurde, keine neuen Tatsachen oder Beweismittel